

Die Städte unterstützten das Land seit Jahrzehnten

Zum Leserbrief «So wird der Kanton halbiert», Ausgabe vom 12. Juli



In seinem Leserbrief behauptet ein SVP-Kantonsrat, Luzern Plus fordere, dass Gemeinden mit Kantonsbeiträgen zu Fusionen «motiviert» werden sollen. Diese Aussage ist falsch. Ziel des lokalen Entwicklungsträgers Luzern Plus ist es, bei der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes eine saubere Rechtsgrundlage zu schaffen, die für die Gemeinden Verfahrenssicherheit gibt. Entscheiden sich manche der 24 Luzern-Plus-Mitgliedsgemeinden dafür, Kooperationen oder Fusionen anzustreben, so sollen sie dafür Anschubhilfe und Projektbeiträge bekommen wie die anderen auch.

Diese Unterstützung in Form von Pro-Kopf-Beiträgen werde ungerecht verteilt, die kleinen Landgemeinden kämen zu kurz, wird bemängelt. Wenn nun eine Gemeinde für die ersten 300 Einwohnerinnen und Einwohner je

3000 Franken erhält, diese Pro-Kopf-Beiträge dann mit zunehmender Bevölkerungszahl sinken und eine grössere Gemeinde ab dem 10 000. Einwohner schliesslich noch einen Beitrag von 100 Franken pro Kopf bekommt, ist das ungerecht? Ist das Stadt gegen Land?

Tatsächlich fliessen jährlich wiederkehrend über 100 Millionen Franken von den starken Zentren Sursee oder Luzern in den Finanzausgleich und von da überwiegend in die Gemeinden der Landschaft. Ist dies nicht seit Jahrzehnten gelebte Solidarität von Stadt und Agglomeration Luzern gegenüber den ländlichen Regionen? Wer soll denn künftig diesen Ausgleichstopf füllen, wenn nicht eine gesunde Stadtregion? Ein starker Kanton braucht ein starkes Zentrum. Denn die finanziellen Mittel, die dort erarbeitet werden, kommen allen zugute. Einmalige Projektbeiträge sind eine Investition in die Zukunft.

JOSEF BURRI, GEMEINDEPRÄSIDENT EBIKON
UND DELEGIERTER LUZERNPLUS